

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d



Inhalt

Karl Ravens erinnert an
Hinrich Wilhelm Kopf: Der
rote Welfe.

Seite 1

Christine Schmarsow,
Stellvertretende Bundes-
vorsitzende der Arbeits-
gemeinschaft sozialdemo-
kratischer Frauen, fühlt
sich durch die Professoren-
Alternative '84 unterstützt:
Rentenreform neu diskutie-
ren!

Seite 3

Rudolf Bindig MdB warnt
vor Kompetenzgerangel
statt Notrufsäulen: Weil
die Länder versagen, doch
Erste Hilfe durch Private?

Seite 5

Dokumentation

Willy Brandt gedenkt der
ermordeten Führer des Jü-
dischen Arbeiterbundes in
Polen, Henryk Erlich und
Victor Alter: Auch im Leid
den Glauben nie verloren.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 243

21. Dezember 1981

Gedenken an den Roten Welfen

Vor 20 Jahren starb der erste Ministerpräsident Nieder-
sachsens: Hinrich Wilhelm Kopf

Von Karl Ravens MdL
Mitglied des SPD-Vorstandes
Vorsitzender der SPD und SPD-Landtagsfraktion in Nieder-
sachsen

Heute vor 20 Jahren am 21. Dezember 1961 - starb der lang-
jährige sozialdemokratische Ministerpräsident Niedersach-
sens, Hinrich Wilhelm Kopf. Der Sozialdemokrat Hinrich
Wilhelm Kopf zählte wie Reuter, Kaisen und Zinn zu den
markantesten politischen Persönlichkeiten der ersten Nach-
kriegsjahre, die noch vor der Gründung der Bundesrepublik
Deutschlands den Boden für den parlamentarischen Wieder-
aufbau legten. Wie kaum ein Politiker nach ihm errang er
große Popularität quer durch die Parteienlandschaft, seinen
guten Kontakten zu der einstigen welfischen Bewegung ver-
dankte er seinen Beinamen der "Rote Welfe".

Der in Neuenkirchen im Kreis Hadeln geborenen Landwirts-
sohn, der schon als 14-jähriger auf eigene Faust nach Amerika
ging, später in Göttingen Jura studierte und über Severing
zur SPD fand (1920 wirkte er im preußischen Innenministerium)
wurde nach 1945 Oberpräsident der Provinz Hannover, dann bei
der Gründung des Landes Hannover dessen erster Ministerprä-
sident. Er schuf in zähen Verhandlungen mit der Militärre-
gierung und den Politikern der anderen späteren Landesteile
die Strukturen des heutigen Niedersachsens. An der Ausarbei-



beitung der vorläufigen niedersächsischen Verfassung - an der er auch in seinem einsamen Refugium des Neuwerker Leuchtturms arbeitete - hat er maßgeblichen Anteil. Sein erstes Allparteien-Kabinett im ersten ernannten niedersächsischen Landtag hatte sich mit den gewaltigen Problemen der von einem großen Flüchtlingsstrom überlagerten Trümmer- und Hunger-Jahre auseinanderzusetzen. Als sich in Hannover ein Demonstrationszug niedersächsischer Bürger zum Sitz der Militärregierung formierte, um eine Verbesserung der Hungerrationen zu verlangen, setzte sich Heinrich Wilhelm Kopf an die Spitze.

Die Regierung Kopf leistete entscheidendes durch das Flüchtlingsbedarfsgesetz und durch wegweisende Ödlandkultivierung, durch Aufteilung von Staatsdomänen und Siedlungspolitik. Herausragende parlamentarische Werke waren ebenso das Schulgesetz - das christliche Gemeinschaftsschulen zur Regelschule erklärte und Bekenntnisschulen unter bestimmten Voraussetzungen zuließ - und der Aufbau des damals Nordwestdeutschen Rundfunks.

Kopf blieb in wechselnden Kabinetten bis zu seinem Tode am 21. Dezember 1961 Regierungschef, - mit einer kurzen Unterbrechung -. 1955 bildeten die sogenannten bürgerlichen Parteien unter Heinrich Hellwege (DP) eine Koalition gegen die SPD. Sie zerbrach nach zwei Jahren, weil die FDP Abgeordnete der rechtsradikalen DRP aufgenommen hatte. Kopf mit der SPD wurde am Kabinett Hellwege beteiligt, stellte den Vizeregierungschef (und zugleich Innenminister) und 1959 war Kopf wieder Ministerpräsident.

Kopf, der als "roter Landrat" in Neuenkirchen den Bau einer der damals noch umstrittenen Mittelpunktschule durchsetzte und zugleich ausgezeichnete Kontakte zu den Kirchen hielt (1949 gehörte er zu den Schirmherren der "Deutschen evangelischen Wochen" in Hannover), war Sozialist, aber keiner vom Schlage der Programmatiker oder Doktriniere. Er war ein Mann des Ausgleichs, aber auch ein gefürchteter Taktiker, der bei seinen berühmten Doppelkopfpartien in ländlich-Kneipen das Kartenspiel mit der politischen Argumentation zu vermischen vermochte.

Die Niedersachsen empfanden ihn in allen Landesteilen als einen der ihren, Ehrungen machten es deutlich: Die Stadt Otterndorf machte ihn zum Ehrenbürger, technische- und tierärztliche Hochschule in Hannover zum Ehrensensator, die Universität Göttingen zum juristischen Ehrendoktor.

(-/21.12.1981/ks/ca)



Rentenreform neu diskutieren!

Die AsF fühlt sich durch Professoren-Alternative '84 gestützt

Von Christine Schmarsow

Stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Der AsF-Bundesvorstand begrüßt, daß mit dem Professoren-Bericht "Alternativen zur Rentenreform 84", der in diesen Tagen vorgelegt worden ist, die Chancen verbessert werden, die Diskussion über die Neugestaltung der Hinterbliebenenversorgung wieder zu eröffnen.

Die AsF hat das auf dem Essener Parteitag der SPD beschlossene Modell einer Teilhaberrente, bei der die insgesamt von einem Ehepaar erworbenen Rentenansprüche einbezogen werden und die eine Besitzstandsgarantie enthält, immer nur für die zweitbeste Lösung gehalten.

Das von den Professoren vorgelegte Modell einer "volleigenständigen" Rente entspricht sehr viel mehr den Erwartungen und Forderungen der AsF.

Die Minderheitenpositionen einiger weniger Bezirke (zum Beispiel Mittelrhein) und der AsF zur Rentenreform sind seinerzeit innerhalb der SPD nicht ernsthaft aufgegriffen und diskutiert worden. Vielleicht gelingt dies heute eher, wenn namhafte Professoren ähnliche Ideen vortragen.

Ganz abgesehen davon, zwingen sowohl die Finanzlage der Staats- und Sozialhaushalte als auch die Tatsache, daß der Gesetzgebungsfahrplan bis 1984 nicht mehr einzuhalten ist, dazu, die Diskussion wieder zu eröffnen.

Im Hinblick auf die Willensbildungsprozesse des SPD-Bundesparteitages im nächsten Jahr hat der AsF-Bundesvorstand seine Vorstellungen zur Rentenreform und zur Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung nochmals bekräftigt.

Der SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, angesichts der Finanzierungsprobleme ein neues überzeugendes und vermittelbares Konzept vorzulegen. Dieses Konzept soll anhand der folgenden Eckpunkte entwickelt werden:

1. Die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung darf keine Maßnahmen enthalten, die längerfristig eine grundlegende Umgestaltung des Rentenrechtes in Richtung auf



eine Grundsicherung (Volksrente/Grundrente) für alle, die deutlich über dem Sozialhilfesatz liegt, verbauen.

2. Die Hinterbliebenenversorgung muß so geregelt werden, daß Frauen ein Höchstmaß an eigenständiger sozialer Sicherung erreichen.
3. Es ist eine allgemeine Versicherungspflicht einzuführen. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind sozial- und einkommensgerecht zu staffeln.
4. Bei der Gesamtversorgungsrente im Hinterbliebenenfall ist von einer Garantie auf die volle Auszahlung der eigenen Versichertenrente abzusehen.
5. In die Berechnung der Gesamtversorgungsrente sollen nur die Rentenanwartschaften einfließen, die während der gemeinsamen Ehezeit der Ehepartner erworben worden sind.
6. Mit der rentenwirksamen Anrechnung von Kindererziehungszeiten muß durch die Anrechnung von zunächst einem Jahr pro Kind, dies aber für alle Frauengenerationen, ein Anfang gemacht werden.

Die AsF geht davon aus, daß ein Modell, das diese Eckpunkte beinhaltet, nicht nur gerechter, sondern auch kostengünstiger ist. Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten müßte - wie bisher auch immer geplant - aus Steuergeldern finanziert werden. Die durch eine Einschränkung des Splitting-Vorteils für Ehepaare im Steuerrecht erzielbaren Steuermehreinnahmen könnten auch hierfür sehr sinnvoll eingesetzt werden.

Die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung ist eine politisch und gesetzgeberisch zu wichtige Aufgabe, als daß um jeden Preis an dem bisher Beschlossenen festgehalten werden dürfte.

(-/21.12.1981/ks/ca)

+ + +



Kompetenzgerangel statt Notrufsäulen

Weil die Länder versagen, doch Erste Hilfe durch Private?

Von Rudolf Bindig MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Für den Ausbau des Notrufsystems an Bundesstraßen sieht es düster aus. Ab dem 1. Januar 1981 hängt es aufgrund einer Änderung der Fernmeldeordnung nämlich vom Gewährenlassen der bisherigen Aufstellungspraxis gegen die selbst erlassene Fernmeldeordnung des Bundespostministers ab, ob weiterhin Notrufmelder an Bundesstraßen aufgestellt werden. Der alleinige Verantwortliche ist der Postminister freilich nicht, da nach dem Grundgesetz das Rettungswesen Ländersache ist.

Seit etwa zehn Jahren ist es vor allem der Initiative von privaten Organisationen wie der Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger zu verdanken, daß an Bundesstraßen Notruftelefone aufgestellt werden. Die Melder werden zum größten Teil von diesen Organisationen auch unterhalten. Zwar hatte sich einmal der damalige Bundesverkehrsminister Leber bereiterklärt, die Kosten für Notruftelefone als Straßenbaulastkosten anzuerkennen und damit vom Bund aus zu übernehmen, jedoch hatten sich die Länder dies mit dem Hinweis verbeten, daß das Rettungswesen ihre Angelegenheit sei.

Aufgrund einer Änderung der Fernmeldeordnung soll nach dem 31. Dezember 1981 jetzt nur noch die Deutsche Bundespost eigene Notruftelefone auf Bestellung der Länder errichten dürfen. Ob sie besser sind, ist strittig, fest steht, daß sie die Länder jährlich pro Apparat 1.044 DM kosten werden, gegenüber circa 500 DM bei den Telefonen der Björn-Steiger-Stiftung, weil diese die Investitionskosten aus Spenden aufbringt. Allerdings enthalten die 1.044 DM für den Postapparat die Kosten für die Aufstellung, für den Unterhalt und die Instandsetzung rund um die Uhr, sowie den etwaigen Ersatz eines Notrufmelders, so daß ein echter Kostenvergleich schwierig ist.

Bislang zeigen die Länder aus finanziellen Gründen kaum Bereitschaft, ihrer Aufgabe als Notdienstträger gemäß Notruftelefone zu bestellen. In der Antwort auf eine Anfrage an die Bundesregierung heißt es seitens des Bundespostministeriums, lediglich Rheinland-Pfalz habe circa 220 Notruftelefone bestellt, einige andere Bundesländer hätten Bestellungen bisher nur angekündigt. Die Ursachen für den schleppenden Bestelleingang lägen in den noch nicht geklärten Fragen der Zuständigkeit zwischen den in Betracht kommenden Länderressorts und der Finanzierung.

Wenn man bedenkt, daß an Bundesstraßen Notruftelefone circa alle 1,5 Kilometer aufgestellt werden sollen, erscheinen die bisher eingegangenen Bestellungen noch spärlicher als sie ohnehin sind. Somit käme die Ausstattung der Bundesstraßen mit Notruftelefonen fast zum Erliegen. Die Länder tun es in viel zu geringem Maß, Private dürfen es nach der Fernmeldeordnung nicht mehr.

Wenigstens ist die Deutsche Bundespost bemüht, diese unglücklichen Folgen ihrer Änderung der Fernmeldeordnung abzumildern. Staatssekretär Elias deutete in der Fragestunde des Parlaments an, daß die Frist für die privaten Notruftelefonträger über den 31. Dezember 1981 hinaus verlängert werden könnte, "falls sich zeigen sollte, daß ein zügiger Ausbau sonst nicht erreicht werden kann und falls die Länder natürlich dem zustimmen". Außerdem würden Notruftelefone von privaten Trägern zugelassen werden, wenn seitens des Landes eine Genehmigung vorliegt.

Bleibt zu hoffen, daß die dringend notwendige Aufstellung weiterer Notrufmelder nicht endgültig im Gestrüpp der Zuständigkeiten und der ungenügenden Finanzmittel steckenbleibt. Die privaten Organisationen, die schon bisher Notruftelefone aufstellen, sollten so lange ungehindert weiter Notrufmelder aufstellen können, bis die Praxis zeigt, daß die eigentlich dafür zuständigen Notdienstträger (Länder) diese Aufgabe auch wirksam erfüllen.

(-/21.12.1981/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Dem Jüdischen Arbeiterbund in London, der in diesen Tagen seiner vor 40 Jahren ermordeten Führer Henryk Erlich und Victor Alter gedenkt, hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt das folgende Schreiben gesandt.

Auch im Leid den Glauben nie verloren

Im Namen der Sozialistischen Internationale und als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entbiete ich brüderliche Grüße dem Jüdischen Arbeiterbund, der in diesen Tagen der Ermordung seiner unvergessenen Führer Henryk Erlich und Victor Alter gedenkt.

Mit mühevoller Hingabe haben ihre Freunde den Leidensweg nachgezeichnet, den die beiden Arbeiterführer vom Herbst 1939 bis in den Winter 1941 haben gehen müssen. Wir können dessen nur mit Erschütterung gedenken. Die Ermordung von Erlich und Alter war der schändliche Versuch, einen traditionsreichen Zweig der sozialistischen Bewegung zu enthaupten und den heldenhaften Kampf der polnisch-jüdischen Arbeiterbewegung gegen Hitler mit Hilfe abenteuerlicher Anschuldigungen zu kompromittieren.

Vierzig Jahre sind seit diesem schrecklichen Verbrechen vergangen. Die Erinnerung an Erlich und Alter aber lebt weiter. Der polnisch-jüdische Arbeiterbund, dessen Mitglieder zu den heldenhaften Kämpfern von Warschau gehören, hat im Kampf gegen die Kräfte der Unfreiheit und im Ringen um die Zukunft des jüdischen Volkes unvorstellbare Opfer gebracht. Nicht nur in Polen, auch in Frankreich und anderen von den Hitler-Armeen besetzten Ländern Europas haben die Mitglieder und Anhänger des Bundes in Gemeinschaft mit anderen sozialistischen Parteien im Untergrund gekämpft.

Für die deutschen Sozialdemokraten möchte ich hinzufügen: Zahlreiche unserer Freunde, die in Frankreich als Flüchtlinge lebten und von der Hitler-Armee überrollt worden waren, verdanken der aktiven Untergrundarbeit des Bundes ihr Leben. Und es waren die aus der Illegalität aufgetauchten Führer des Bundes in Paris, die ihren deutschen Genossen noch vor Kriegsende halfen, wichtige Verbindungen zu den Parteien der Sozialistischen Internationale aufzunehmen und die ersten organisatorischen Voraussetzungen für ihr Zusammenwirken zu schaffen.

Dies und vieles andere ist im Geiste von Männern wie Erlich und Alter geschehen, im Geiste der großartigen Solidarität des demokratischen Sozialismus. Der Jüdische Arbeiterbund, dessen Wirken in vielen Ländern der Erde spürbar ist, bleibt tief verwurzelt in der Gemeinschaft all jener, die auch im Leid und der Erniedrigung den Glauben an das Werden einer besseren Welt nie verloren haben.

Die Sozialistische Internationale verneigt sich in Ehrfurcht vor Henryk Erlich und Victor Alter. Sie gedenkt dieser großen Sozialisten und bekundet ihre Verbundenheit dem Jüdischen Arbeiterbund.

(-/21.12.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

